

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Pf., auswärts 1.30 Pf., sonstiges 1.50 Pf., ...

Organ für die werktätige Bevölkerung
Jernspich-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze 4/6, ...

D. G. lehnt die Genfer Scheinlösung ab.

Die Berliner Informationen.

Wie in den späten Abendstunden des Dienstag lagen keine fixeren Meldungen über die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage vor. Die Reichsregierung konnte deshalb in ihrer Sitzung am Dienstag abend auch keine Entschlüsse fassen. Am Mittwoch früh 9 Uhr wird eine neue Kabinettsitzung stattfinden. Die Sitzung des auswärtigen Ausschusses ist einstweilen abgelaßt worden, weil er am Mittwoch noch keine zuverlässigen Unterlagen für eine Verhandlung vorfinden würde.

In ein bis zwei Tagen . . .

Wie „Petit Parisien“ (halboffiziös) mitteilt, wird die Erörterung der ober-schlesischen Frage im Völkerbundsrat in Genf erst in einem oder zwei Tagen beendet sein. Allem Anschein nach könne man bestreiten, daß die Lösung, auf die man sich einigen werde, darin bestehe, Oberschlesien einschließlich des Industriegebietes gemäß den Ergebnissen der Volksabstimmung zu teilen und provisorisch (!) gleichzeitig durch eine Spezialorganisation die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Das Blatt behauptet, angeblich nach Berliner Nachrichten, England hätte in Genf interveniert, um sich einer Polen günstigen Lösung zu widersetzen.

Die „Agence Havas“ meldet: Es ist wahrscheinlich, daß der Völkerbundsrat morgen die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage den alliierten Regierungen mitteilen wird. Diese werden die Entscheidung noch einige Tage lang geheim halten, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, alle zweckdienlichen Maßnahmen vor der Bekanntmachung der Grenze zu ergreifen. Es ist unwahrscheinlich, daß vor Beginn der nächsten Woche die Hauptmächte, die im Obersten Rat vertreten sind, die Entscheidung Deutschland und Polen bekanntgeben werden.

Englische Stimmen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ (Lord Georges Watt, Red.) schreibt, die Meldung aus Genf, daß in letzter Stunde versucht würde, die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundsrates in der ober-schlesischen Frage zu beeinflussen, entspreche nicht den Tatsachen. Ueber die Art der Verhandlungen sei nichts endgültiges bekannt. Hinweise darauf vermehren sich jedoch, daß der Völkerbundsrat mehr oder weniger einen Ausgleich zwischen den beiden entgegengesetzten Ansichten suche. Es brauche kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung vom britischen Standpunkt aus nicht befriedigend angesehen werden könnte, einfach aus dem Grunde, weil sie nach britischer Ansicht mit der dauernden Stabilität jener schwierigen gefährlichen Gede Mittel-europas nicht vereinbar sein würde. Sollte es eine formelle Entscheidung des Völkerbundes sein, so werde England sie annehmen müssen. England habe sich gebunden und könne keine Einwände erheben. Eine größere Frage komme jedoch in Betracht, um des unglücklichen, wenn in der Geschichte des Völkerbundes ein Präzedenzfall geschaffen würde, indem der Bund schiedsrichterliche Entscheidung treffe, die nur ausgleichender Art sei. Das künftige Fortbestehen des Völkerbundes als schiedsrichterliche Körperschaft hänge in hohem Maße von der Güte der Entscheidung ab, die in Fragen dieser Art gefällt werde.

Auch der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ stellt nachdrücklich in Abrede, daß die britische Regierung oder Lord George versucht hätten, sich in die Arbeit des Unterausschusses des Völkerbundsrates für die ober-schlesische Frage einzumischen. Selbst Balfour hat sich von der Tätigkeit des Unterausschusses vollkommen ferngehalten. Die britischen Sachverständigen für die ober-schlesische Frage seien seit langem aus Genf abgereist. Die britischen Minister seien entschlossen, sich an ihre Verpflichtung, die Empfehlung des Völkerbundsrates anzunehmen, zu halten, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Ansicht über die wirtschaftliche Seite der neuen Grenzlinie.

Die englischen Blätter weisen in Telegrammen aus Berlin auf die in Deutschland herrschende gefährliche Spannung bezüglich der zu erwartenden Entscheidung des Völkerbundsrates in der ober-schlesischen Frage hin. Die Beratungen zwischen dem Minister des Auswärtigen Dr. Kohn und dem deutschen Botschafter Stahmer und die unmittelbare darauf erfolgte Rückreise des Botschafters nach London wird hervorgehoben. Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ schreibt unter Bezugnahme auf die letzte Verzögerung, durch die dauernde Verschiebung der ober-schlesischen Entscheidung durch die Alliierten bei der Bogen überspannt worden. Wenn die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage für Deutschland sich ungünstig erweisen sollte, müßte das Schlimmste befürchtet werden.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ (liberale Opposition) schreibt, der Bierausschuß in Genf habe keinen Entschluß in gut wie getroffen, dieser Reichsrat sei von Balfour und Bourgeois prinzipiell abgelehnt worden.

Schärfste Ablehnung des Genfer Kompromisses in D. G.

Der Deutsche Ausschuss an den Reichskanzler

Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat heute folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth abgeschickt:

An den Herrn Reichskanzler

Berlin.

Mit steigender Beunruhigung hat der Deutsche Ausschuss von Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir können nicht glauben, daß sie richtig sind, denn eine solche Entscheidung wäre die Katastrophe für das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens. Die Vergewaltigung des Rechts können wir nicht hinnehmen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die Demokratische und die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinet ihren Standpunkt selbständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinet einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So demt aber auch der Deutsche Ausschuss in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen ständischen Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir haben es versucht, können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutschland zu retten. Wir würden es nicht mehr verstehen, wenn diesem neuen Rechtsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß die Reichsregierung etwa dem Anfinnen des Völkerbundsrates nachgeben könne, den Wechselbalg, den man uns mit dem „autonomen Wirtschaftsgebilde“ oder ähnlichem untergeschoben gedenkt, durch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands Leben einsauben. Wenn der Völkerbundsrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen. Gegenstand irrjünger politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein. Wir fordern unser Recht. Wir fordern aber auch vom Reich, daß es unser Recht verteidigt, ohne Rücksicht darauf, ob dem Einzelnen hier wieder schwere Tage bevorstehen mögen.

Reichskanzler, werde hart! Wir sind es!

Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien.

Dr. Lukatsch.

Unjere ober-schlesischen Genossen an den Parteivorstand.

Die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens hat folgendes Telegramm an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin geschickt:

Ueber die Verhandlungen des Völkerbundsrates und seiner Sachverständigenkommission bezüglich der Regelung der ober-schlesischen Frage sind authentische Nachrichten nicht vorhanden. Doch hat das Verhalten des Untersuchungs-ausschusses, der, ohne Sachverständige nach Oberschlesien zu entsenden, keine Beratungen lediglich aus dem von der Interalliierten Kommission in Doppel und den nationalen und wirtschaftlichen Organisationen Oberschlesiens überreichte Material führte, starkes Befremden und große Besorgungen bei der Arbeiter-schaft Oberschlesiens wachgerufen. Zudem lassen die mit großer Geschäftigkeit verbreiteten polnischen und französischen Pressenachrichten nur den Schluß zu, daß eine Teilung des Industriegebietes beabsichtigt ist und der wesentliche Teil des Industriegebietes Polen zugesprochen werden soll. Die Nachrichten über die Beibehaltung der bisherigen Währung und der Eisenbahn zu dem einseitig erwähnen wir in diesem Zusammenhang nur der Vollständigkeit halber, die aber auch Beweis dafür sind, daß auch die Untersuchungskommission zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß ohne die bisherige Finanz- und Verkehrs-gemeinschaft mit Deutschland für das abzutretende Oberschlesien keine Lebens-möglichkeit bestehe. In der Erkenntnis der großen Gefahr, die durch diese mögliche Entscheidung dem Wirtschaftsleben und der aufs Innigste mit ihm verbundenen Arbeiter-schaft Oberschlesiens droht, hat das Bezirks-komitee des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Sitzung am 6. Oktober den Völkerbundsrat durch ein Telegramm noch einmal auf die Anteilbarkeit des Industriegebietes hingewiesen und um Entsendung von Sachverständigen gebeten. Allem Anschein nach ist der Völkerbundsrat nicht gewillt, dieser sachlich durchaus berechtigten und unbedingt notwendigen Forderung auch nur im geringsten nachzugeben. Die kommende Entscheidung soll ansehend unser Recht und die wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Bevölkerung nicht berücksichtigen, sondern nur der französisch-polnischen Allianz Rechnung tragen. Für die katastrophalen Folgen einer solchen Entscheidung können weder der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, noch die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens die Verantwortung übernehmen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat durch die Entsendung ihrer Beauftragten in die Reichsregierung die Erfüllung des Ultimatus vom 3. Mai 1921 in der Erwartung übernommen, daß die restlose Erfüllung der Forderungen des Ultimatus nur dann Sinn und Aussicht auf Erfolg hat, wenn auch die Feindbundmächte auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes in den Sanktionsfragen und in der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens die Verantwortung übernehmen.

Bevölkerungsschichten am schwersten betroffen werden.

Die in der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen deshalb an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der ober-schlesischen Frage ihre Komitex im Reichskabinet niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.

Die ober-schlesische Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Riese, Vias.

Das ober-schlesische Zentrum an den Reichskanzler.

Die Katholische Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens hat heute an den Reichskanzler folgendes Telegramm geschickt:

An den Herrn Reichskanzler, Berlin.

Der Völkerbundsrat soll eine weitgehende Teilung Oberschlesiens, sogar des Industriegebietes, unter Einwirkung einer phantastischen wirtschaftlichen Einheit, ernsthaft erwägen. Die Durchführung dieses Plans, der die tatsächlichen Verhältnisse ganz außer acht läßt, würde den Ruin Oberschlesiens bedeuten und eine Quelle ständiger Bedrohung des europäischen Friedens sein. Wir erwarten eine alsbaldige Erklärung der Reichsregierung, daß eine solche Entscheidung unannehmbar wäre und der sofortigen Rücktritt des Kabinetts zur Folge hätte.

Im Auftrag der Katholischen Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens: SACZEPONIK, Reichstagsabgeordneter.

Die innerpolitischen Konsequenzen.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die parteioffizielle Zentrums-Parlamentskorrespondenz schreibt, daß die Teilung des Industriegebietes für die deutsche innere und äußere Politik geradezu katastrophal wirken würde. Es sei bezweifelt, daß die Reichsregierung besonders in der Industrie außerordentlich große Schwierigkeiten hat, um das Steuerprogramm bei einer beträchtlichen Wertsenkung zustande zu bringen und die Kredite flüssig zu machen zur Erfüllung unserer Goldverpflichtung an die Entente. Die Wegnahme Oberschlesiens in dem ganzen Umfange, die geplant scheint, erschüttert die ganze Politik. Da der Reichstag nicht versammelt ist, läßt sich zurzeit eine Stimmung der Parteien schwer wiedergeben. Mit dem Sturz des Kabinetts Wirth wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrechtzuerhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm.

In einem Leitartikel der „Rossischen Zeitung“ von heute wird mit Recht darauf hingewiesen, daß jede Regierung auf den schärfsten Widerstand der Arbeiter-schaft jede neue Linkregierung von der passiven Resistenz wenigstens desjenigen Teiles der Unternehmerschaft bedroht sei, der volksparteilich oder deutsch-national orientiert sei. Es ist derzeit unter den gegebenen Umständen die politische Pflicht des Reichskanzlers, selbst im Falle einer ungünstigen Entscheidung des Völkerbundes keine Demission nicht zu geben, ohne das Parlament befragt zu haben. Es kommt dabei in Betracht, daß die Entscheidung des Völkerbundes, ja selbst die Entscheidung des Obersten Rates keineswegs von Deutschland widerspruchslos hingenommen zu werden braucht. Eine solche Entscheidung wäre kein Sotum auf Grund der ober-schlesischen Abstimmung, wie es der Vertrag von Versailles vorsieht. Einer solchen Entscheidung zu weichen, hat das Kabinet um so weniger nötig, als der Reichstag zweifellos einmütig dem selbstverständlichen Vorschlag des Kabinetts zustimmen würde der Entente gegenüber die Entscheidung für unannehmbar und mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehend, zu beanstanden.

Einigung zwischen Sowjetrußland und Polen.

Aus Warschau wird gemeldet: Zwischen dem Sowjet-gesandten Karahan und dem Minister Dombowski ist laut „Kupress“ ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach sich die Sowjetrepublik verpflichtet, entsprechend den Bedingungen des Friedensvertrages in Nizza zum 1. November dieses Jahres 10 Millionen Rubel in Gold an Polen zu zahlen. Die polnische Regierung hat sich ihrerseits verpflichtet, eine Reihe von russischen Emigranten, die in Polen eine gegen die Sowjetregierung gerichtete Tätigkeit entfalten, aus dem polnischen Gebiet auszuweisen.

Die Gewerkschaftsvertreter in London.

Zu der Blättermeldung, daß eine Gewerkschaftsvertretung nach London abgereist sei, teilt der „Vorwärts“ mit, daß sich im London allerbdingen Vertreter der deutschen Gewerkschaften befinden.

Eine Erklärung der oberschlesischen Arbeitervertreter.

Aus Genf wird gemeldet: „Journal de Geneve“ veröffentlicht eine Unterredung mit den hier weilenden oberschlesischen Arbeitervertretern, die nachdrücklich gegen die von polnischer Seite verbreiteten Angaben über die Arbeiterverhältnisse in Oberschlesien Einspruch erheben. Sie weisen u. a. darauf hin, daß die von den Polen in Genf vorgelegten Statistiken und der hohen Mitgliederziffern der polnischen Arbeiterverbände in Oberschlesien dadurch erzielt wurden, daß sie die in Galizien, Ostpreußen, Westpreußen und in der Provinz Polen lebenden Mitglieder einfügten, mitzählten. Auf diese Weise gelangten die Polen zu Zahlen, welche die Zahlen sämtlicher in Oberschlesien beschäftigten Arbeiter überhaupt übersteigen. Die oberschlesischen Delegierten betonen, daß in Posen und Provinz die Polen durch Anwendung terroristischer Mittel deutsche Arbeiter zum Eintritt in ihre Verbände erzwangen. Entgegen den tendenziösen polnischen Ausstellungen über die Erziehungs- und Sprachverhältnisse in Oberschlesien erinnern die Delegierten daran, daß nach der Revolution die deutsche Regierung weitestgehende Möglichkeiten zum Unterricht der oberschlesischen Kinder in der polnischen Sprache gemahnt habe und trotzdem nur 18 Prozent am polnischen Religionsunterricht und nur 2 Prozent am allgemeinen Unterricht in polnischer Sprache sich beteiligten.

Polnische Verwaltung auf nichtpolnischem Gebiet.

Das Rapenbagen wird gemeldet: Die hiesige litauische Gemeinde teilt über das Auftreten der Polen im Gebiet von Wilna folgendes mit: Der frühere litauische Grenzkommissar Siliogis ist während eines Familienbesuches in Wilna ohne Grund von den Organen der litauischen Verwaltung verhaftet worden. Es ist hier nicht gelungen, ihn zu befreien. Dieser Tage haben die Polen in der Gegend Handel- und Industrieamt alle Schriftstücke des „Lapenbagen“ und dann die Stadt geschlossen. Ebenfalls wurde der Konsumverein Wilna und zwei Vereine geschlossen. Auch zwei litauische Gammeln sind von den Polen mit Beschlag belegt worden. Die litauischen Gemeindevorstände werden im Wilnaer Gebiet inhaftiert und die litauischen Schulen geschlossen. Die gleiche Behandlung wird den im Wilnaer Gebiet wohnenden Litauern zuteil. In Wilnaer Gammeln darf von der 2. Klasse an nur noch in polnischer Sprache unterrichtet werden.

Die polnischen Valutaforgen.

Warschau, 11. Oktober. (Druckbericht.) Ungeachtet der Einbeziehung der oberschlesischen Grenzgebiete als das Hauptinteresse nach wie vor auf die Valutaforgänge des Finanzsystems. Die fremden Valuten kursieren täglich bis zu 1000 Punkten in Höhe von 5 bis 1000 an Wert. Die Valuten sind seit dem 1. Oktober 1918, während er bereits am Abend wieder zu steigen begann. Die fremden Valuten empfinden den schwächeren Händen und werden von Großhändlern aufgekauft. Heute legt der Finanzminister Michalski im Sejm seine drei ersten Gesetzentwürfe zur Sanierung der Finanzen vor, wobei er die vorläufige Annahme der Projekte fordert. Die Mehrheit des Sejm ist bereit gegen die Annahme zu sein.

Die Pressegenossenschaft der Interalliierten Kommission.

Die „Kundschau für das oberschlesische Volk“ in Katowice ist von der Interalliierten Kommission ohne Angabe der Gründe vom 11. bis 20. Oktober verboten worden, und zwar, wie man annimmt, wegen eines Artikels über das Selbstbestimmungsrecht im Südpolen.

Das Wiesbadener Abkommen.

wurde gestern von der französischen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt. Die Kommission bezieht unerschrocken auf die Prüfung. Sie dürfte ihre Arbeit schon im Laufe der nächsten Woche beenden.

Das schwedische Kabinett des Genossen Branting.

Die schwedischen Reichstagswahlen, die mit einem Gewinn von 24 Mandaten für die drei sozialistischen Parteien abschließen, haben jetzt mit den Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung das für schon vor einigen Wochen angefangene Geschick geendet. Branting, der Führer der mehrheitlich sozialistischen Partei, die über 47 von den 230 Sitzen der zweiten Kammer besitzt, ist (wie bereits gemeldet) vom König mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden. Die angebotenen Schritte der Sozialisten, eine föderale Sammelregierung gegen die Arbeiterpartei zu bilden, sind an der Haltung der Liberalen gescheitert. Diese haben es nicht abgelehnt, ihr Recht die Regierung

zu bilden oder sich an einer Regierungskoalition mit den Sozialisten zu beteiligen, doch sind die Mehrheitssozialisten laut Prof. Jg. der Unterstützung der Liberalen für eine weitgehende demokratische Reformpolitik sicher. Auch die Linkssozialisten und die Kommunisten, die im Wahlkampf mit den Rechtssozialisten zusammengingegangen sind, werden dem Kabinett Branting ihre Hilfe gewähren. Das kommunistische Hauptorgan „Kollektiv Dagblad“ schreibt:

„Wir glauben, eine sozialdemokratische Regierung hat eine Aufgabe im Kampf gegen die immer tiefer auftretende Reaktion zu erfüllen, und wir werden sie stützen, soweit sie die Interessen der Arbeiterschaft vertritt.“

Die parlamentarischen Voraussetzungen sind für das zweite Kabinett Branting jedenfalls beträchtlich günstiger, als sie es für das erste waren, das vor einem Jahre zurückgetreten ist. Branting ist mit seiner Ministerliste noch nicht fertig; es dürften die meisten Namen eines ersten Kabinetts wiederkehren. Das Programm seiner Regierung wird naturgemäß ausschlaggebend durch die Tatsache bestimmt, daß er in der zweiten Kammer nur über eine starke sozialistische Minderheit verfügt. „Sozialdemokraten“ versteht das Programm bereits mit den Worten: „Reine und vollkommene demokratische Reformpolitik.“ Von der Verwirklichung eigentlicher sozialistischer Programmpunkte kann zur Zeit nicht die Rede sein.

Die parlamentarische Mehrheitsregierung Branting löst das Sejmministerium v. Sadowski ab, dessen Vorgänger das Sejmministerium de Geer war. Die beiden Sejmministerien waren Vorläuferprodukte, geboren aus der Angst der Liberalen vor der Übernahme der Verantwortung für die Regierungsführung allein oder mit den Mehrheitssozialisten. Die Zurückhaltung hat jedoch der liberalen Partei bei den Wahlen nichts gebracht.

Die Katastrophe des Bildungswesens in Sowjetrußland.

Der Volkskommissar für Bildungswesen Lunatscharski erklärt in einem Artikel der Moskauer „Iswestija“ Nr. 214, der Zweck des russischen Schulwesens ist jetzt fortgeschritten, daß bereits von einer Katastrophe gesprochen werden müsse. Nur 2 Prozent der Kommunisten wurden dem Bildungswesen zugeführt, die übrigen reichten jedoch nicht entfernt aus, um auch nur die bestehenden Bedürfnisse zu befriedigen. Nicht einmal das kümmerliche Gehalt der Lehrpersonen könne ausbezahlt werden und der Staat habe die Lehrer bereits viele Milliarden. Auch die gesamte Schöpfung des russischen Schulwesens für Bildungswesen unternehmenden Anteils an den Kommunisten bis auf 8 Prozent wurde die nötigen Mittel nicht aufbringen. So mußten die Unterrichtsstellen des Schulwesens am jeder Basis aufrecht erhalten bleiben und die Lehrpersonen Gehälter der Bevölkerung auferlegt werden. „Nur wenn es jedoch kein anderen amtlichen Mittelwegem kommt in der Hinsicht als in Rußland mit der eigentlichen Bildungswesen des Schulwesens begonnen worden. Der Kampf hatte der Partei des Bildungswesens in Sowjetrußland der bekannte Kommunistenverband bereits in der Moskauer Sitzung angekündigt, daß eine Reihe von Universitäten und Hochschulen, die in den letzten Jahren eröffnet wurden, wegen Mangel an Mitteln und Lehrkräften geschlossen werden müßten.“

Der Mörder von Gareis entlarvt?

Die Zeitung der bayerischen Sozialdemokratie hat sich das Ziel gesetzt, in den nächsten Tagen unter erster Zusammenarbeit mit den russischen Behörden den nach dem System Kabe-Koch geführten „Rückwärtsmarsch“ auszurollen. Die „Münchener Post“ will in ihrer heutigen Ausgabe den produktivsten Arbeiter, welcher die Rückwärtsmarsch-Fraktion hat, an den Vorrang. Sie erklärt, der Nord an Gareis angehebt zu haben und heißt: „Der Nord, Oberhandels-Gesellschaft.“

Die Oberhandels-Gesellschaft wurde kürzlich gegründet, angeführt von dem Nord an Gareis, namentlich mit Ungarn, Großhändlerorganisationen anzuschließen. Der wichtigste Zweck ist lediglich die politische Zusammenarbeit mit Ungarn. An der Spitze steht der bekannte Kommunistenrat Jernik und der Sozialist H. C. Die Zeitung ist im Münchener Kreislauf dem bisherigen Sitz der Eisenindustrie-Zentrale. Der erste Direktor ist der Reichsminister der Landesleitung der Eisenindustrie, der zweite Direktor ein Major, der früher Kommandant in Ungarn tätig war. Eine Direktionsleitung der Oberhandels-Gesellschaft befindet sich in Stuttgart.

Wir erinnern uns die Befürchtung, ob es richtig ist, daß Sejmminister Branting, der als Führer des russischen Nordes im Reichsministeramt fungiert, ist und außerdem direktionsmäßig arbeitet an dem Nord des Abgeordneten Gareis ebenfalls gewahrt zu sein, von der Oberhandels-Gesellschaft im Zusammenhang steht.“

Kein sozialistische Regierungen

Unser Berliner — Mitarbeiter schreibt uns: Die Bildung einer sogenannten rein sozialistischen Regierung in Thüringen hat politisches Interesse für das ganze Reich. Man muß bloß an die Wichtigkeit des Reichsrats und seine bisherige Zusammensetzung denken um vom Standpunkt der Reichspolitik aus die Tatsache zu begrüßen, daß nunmehr auch die Regierung Thüringens, wie jene Sachsens und Braunschweigs, ausschließlich republikanisch und sozialistisch orientiert ist. Das System der rein sozialistischen Regierungen, in einzelnen Ländern hat aber auch sonst seine Vorteile. Vor allem den, daß es die Arbeiterchaft in allen ihre Schichten realpolitisch erzieht und den Arbeiterparteien Gelegenheit bietet, aus sich heraus die Kräfte herauszubilden, die zur Führung der Staatsgeschäfte notwendig sind.

Vor dem Krieg und auch noch während des Krieges sprach man in sozialistischen Kreisen von sozialistischen Regierungen oder von Parteigenossen als Ministern höchstens im Scherz. Schnell aber, für viele überraschend schnell, ist aus dem Spiel Ernst geworden. Schon vor der Revolution traten zwei Sozialdemokraten in die Reichsregierung ein — oder eigentlich, ihr Eintritt in die Regierung beweist, daß die Revolution, die durch greifende Staatsumwälzung, schon lange vor dem 9. November im Gange war. Es folgten dann ereignisreiche die vielen revolutionären Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten, die zum Teil bedeutende Kräfte, zum Teil aber auch ganz unmögliche Erscheinungen, emporhoben, welche Letztere wieder verjankten. Dann kam die Epoche der Beruhigung und der allgemeinen Eintrübung auf das parlamentarisch-demokratische System: Es war zunächst beherrschend von der Erscheinung der bürgerlich-sozialdemokratisch gemischten Koalitionsregierungen, die von den Unabhängigen weitend bekämpft wurden, bis schließlich auch die Unabhängigen ihre Notwendigkeit einsahen — und jetzt fehlt nur noch ein halber Schritt dazu, daß sie in die Wirt-Koalition mit eingerechnet wären. Die neueste Erscheinung ist dann die rein sozialistische Regierung nicht mehr auf revolutionär-diktatorischer, sondern auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage.

Von den Vorteilen solcher rein sozialistischer Regierungen ist schon vorher gesprochen worden, und es ließe sich noch vieles zu ihren Gunsten anführen. Wichtiges mehr sind die Kommunisten in Sachsen und Thüringen sogenannte „Regierungsparteien“ geworden, d. h., sie müssen zugeben, daß auch bei ihnen nur mit Wasser gesüßt wird, und diese notwendige Erkenntnis dürfte ihren Eifer, uns durch einen pfiffig ausgedachten Putsch gewalttätig mit den Wohlthaten des russischen Sozialismus zu beglücken, ganz wesentlich abdumpfen. Kann man einem Regierungssystem ein höheres Kompliment machen als das, daß es sogar die Kommunisten zuzwingen zu „staatserkaltenden Elementen“ der Republik macht?

Trotz alledem dürfen wir die Vorteile der rein sozialistischen Regierungen nicht überschätzen. Zunächst, wer allein die Regierungsmacht trägt, der trägt auch vor allem Volke allein die Verantwortung, und das ist nicht immer angenehm, am allerwenigsten in Zeiten, wie den gegenwärtigen, da auch rein sozialistische Regierungen mit bitteren Notwendigkeiten rechnen müssen, über die sie auch bei den allerbesten Absichten nicht hinwegkommen. Besonders dort, wo die parlamentarische Basis einer rein sozialistischen Regierung schmal ist, könnte der Gedanke erwägenswert erscheinen, auch eine oder die andere bürgerliche Partei zur Verantwortung mit heranzuziehen, ein Gedanke freilich, den die Unabhängigen bisher aus ihrer bekannten Abneigung heraus, mit Bürgerlichen zusammen zu regieren, stets einwenden abgelehnt haben. Und doch wird auch für eine rein sozialistische Regierung die willige Mitarbeit einer bürgerlichen Partei unter Umständen umweniger zu ent-

100°

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright in New York, Berlin, Sofia-Palermo, 1918. (Nachdruck verboten.)

XV.

„Peter rehtet ganz offen über diesen Plan: Sie trug ein neues Geschäft im Jahr, ein neues Unternehmen an der Hand, ging in den Verträgen ein und vertrat die Interessen der Arbeiter. Peter war es, der sie dazu brachte, sie dem Vater der Arbeiterpartei (die Arbeiterpartei) anzuzeigen. Er behauptete dies, während sie auch ein wenig, so wie ein Heber, Heines Mädchen, auf dem Hügel, war er immer leiser, er behauptete sie häufig, wenn sie an ihren Schreibtisch saß. Sie hatte lediges, helles Haar, regelmäßige weiße Zähne, ganz klar und verständig mit ihren Wangen — ja, sie war recht hübsch, gemein, hätte sie sich gerade gehalten, mehr von ihrer Richtung und ihr Verhalten gegeben, was das andere Mädchen war. Peter, heute waren bei ihr die Namen zum Zerknirschung und das sagte Peter, daß sie die Arbeiterpartei hätte. Peter in die gleiche Geschäftsführung zu bringen. Sie behauptete darauf, Peter würde sich über das Verhalten empören, er würde sie nicht empören, er würde sie nicht empören, er würde sie nicht empören.“

„Peter rehtet ganz offen über diesen Plan: Sie trug ein neues Geschäft im Jahr, ein neues Unternehmen an der Hand, ging in den Verträgen ein und vertrat die Interessen der Arbeiter. Peter war es, der sie dazu brachte, sie dem Vater der Arbeiterpartei (die Arbeiterpartei) anzuzeigen. Er behauptete dies, während sie auch ein wenig, so wie ein Heber, Heines Mädchen, auf dem Hügel, war er immer leiser, er behauptete sie häufig, wenn sie an ihren Schreibtisch saß. Sie hatte lediges, helles Haar, regelmäßige weiße Zähne, ganz klar und verständig mit ihren Wangen — ja, sie war recht hübsch, gemein, hätte sie sich gerade gehalten, mehr von ihrer Richtung und ihr Verhalten gegeben, was das andere Mädchen war. Peter, heute waren bei ihr die Namen zum Zerknirschung und das sagte Peter, daß sie die Arbeiterpartei hätte. Peter in die gleiche Geschäftsführung zu bringen. Sie behauptete darauf, Peter würde sich über das Verhalten empören, er würde sie nicht empören, er würde sie nicht empören, er würde sie nicht empören.“

„Peter rehtet ganz offen über diesen Plan: Sie trug ein neues Geschäft im Jahr, ein neues Unternehmen an der Hand, ging in den Verträgen ein und vertrat die Interessen der Arbeiter. Peter war es, der sie dazu brachte, sie dem Vater der Arbeiterpartei (die Arbeiterpartei) anzuzeigen. Er behauptete dies, während sie auch ein wenig, so wie ein Heber, Heines Mädchen, auf dem Hügel, war er immer leiser, er behauptete sie häufig, wenn sie an ihren Schreibtisch saß. Sie hatte lediges, helles Haar, regelmäßige weiße Zähne, ganz klar und verständig mit ihren Wangen — ja, sie war recht hübsch, gemein, hätte sie sich gerade gehalten, mehr von ihrer Richtung und ihr Verhalten gegeben, was das andere Mädchen war. Peter, heute waren bei ihr die Namen zum Zerknirschung und das sagte Peter, daß sie die Arbeiterpartei hätte. Peter in die gleiche Geschäftsführung zu bringen. Sie behauptete darauf, Peter würde sich über das Verhalten empören, er würde sie nicht empören, er würde sie nicht empören, er würde sie nicht empören.“

Ergebnisse der Verhandlungen mit der Regierungspartei zuverlässig zeigen.

Eine Gefahr für rein sozialistische Regierungen bildet auch der Umstand, daß die Arbeiter leicht an die Bildung einer solchen Regierung Erwartungen knüpfen, die sich nicht erfüllen und daher mit Enttäuschungen enden. Solange rein sozialistische Regierungen nur in einzelnen Ländern bestehen, wird man leicht einsehen, daß die Wirkungsmöglichkeiten solcher Regierungen beschränkt sind. Eine rein sozialistische Reichsregierung würde es selbst schwerer haben, da man ihr leider noch immer eine Unmacht beimisst, die die Reichsregierung überhaupt nicht besitzt. Jede Regierung, im Reich oder Staat, ist in ihrem Wirken beschränkt durch die unerbittlichen Lasten eines verlorenen Krieges. Sie muß mit einem Beamtenapparat arbeiten, den man auch durch die radikalsten Eingriffe nicht von heute auf morgen ganz mit demokratischem oder sozialistischem Geist erfüllen kann. Sie muß mit einer öffentlichen Meinung rechnen, die zu sehr großenteils noch von der kapitalistischen Presse beherrscht wird. Eine rein sozialistische Regierung wird immer zu ziemlich beträchtlich bleiben, so lange sie sich nicht auf eine stark verbreitete und angelegene sozialistische Presse stützen kann. Schließlich und hauptsächlich: Auch eine rein sozialistische Regierung kann die Tatsachen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht außer acht lassen, auch sie muß sich vor mechanischen Eingriffen in das organische Wirtschaftsleben, wie sie von manchen Stürmern gefordert werden, hüten, wenn sie nicht statt Nutzen, Schäden stiften will.

Man wird also rein sozialistische Regierungen, wie sie sich in einzelnen Ländern bilden, als überaus wichtige Entwicklungsstadien im Aufstiege der Arbeiterklasse betrachten dürfen. Aber als die Lösung aller Rätsel, als den endlich gefundenen Stein der Weisen, als erfüllte letzte Voraussetzung zur Lösung der sozialen Frage, als all dies wird man die rein sozialistische Regierung nicht betrachten dürfen. Davon sind wir noch weit entfernt, und alle Illusionen hierüber wären vom Uebel.

Oppau.

Wie uns von gut unterrichteter Seite aus Lubmischhausen berichtet wird, hat die Zahl der Toten und Vermissten des Oppauer Unglücks 600 überschritten. Die Zahl der Ertrunkenen beträgt über 200. An Spenden sind bisher über 60 Millionen Mark aufgebracht worden.

Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten haben laut Abendblätter im vergangenen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Zur Unterstützung der Opfer des Oppauer Unglücks werden sechs Millionen Mark bereitgestellt. Das Staatsministerium wird ermächtigt, in Verbindung mit der Reichsregierung und der hiesigen Landesregierung die Mittel für die Summe vorzunehmen und einzufordern. Die Landesregierung wird beauftragt, die Mittel zu erlangen.

Die Arbeitszeit der Wuchergerichte.

Die Arbeitszeit der Wuchergerichte im Kalenderjahr 1920 läßt sich mit 2397 Fällen abschätzen. Es wurde erkannt in 2397 Fällen eine Geldstrafe bis 1000 Mark; in 222 Fällen bis 500 Mark; in 177 Fällen Geldstrafe von 100 bis 500 Mark; in 109 Fällen von 50 bis 100 Mark; in 109 Fällen von 10 bis 50 Mark; in 109 Fällen von 1 bis 10 Mark. Auf Einziehung in 4131 Fällen, auf Verlust der bürgerlichen Rechte 55 mal. In 79 Fällen wurde der Handelsbetrieb unterlagert. 1478 mal wurde öffentliche Bekanntmachung des Urteils verfügt.

Großgenossenschaft.

Die größte deutsche Konsumgenossenschaft, die Hamburger „Produktion“, befindet sich trotz der das gesamte Wirtschaftsleben bedrückenden Schwierigkeiten in stetiger Fortentwicklung und Erweiterung. Einen rechten Begriff von den konsumgenossenschaftlichen Möglichkeiten gewinnt man, wenn man erfährt, daß die Hamburger „Produktion“ im ersten Geschäftsjahre 1921 ihre Mitgliedschaft auf 124 938 und das Mitgliedsvermögen auf rund 4,6 Millionen Mark erhöhte. Die Sparkasseneinlagen beim Verein überstiegen auf 51 Millionen Mark. Der Warenumsatz des Geschäftsjahres betrug sich um 33 1/2 Millionen Mark auf 175,3 Millionen Mark. Gefragt sind natürlich auch das Unkosten- und Lohnkonto, wozu letzteres allein im laufenden Jahre 35 Millionen Mark betragen wird. An Steuern mußten in dem halben Geschäftsjahre nicht weniger als 2,6 Millionen Mark gezahlt werden. Die Schlichterei der Großgenossenschaft „Produktion“ brachte es in dieser Zeit von 12 auf 48 Millionen Mark, die Wädelerei auf 15 Millionen Mark Umsatz. Der Verein beginnt von neuem mit dem Wohnungswesen und stellt für Reparaturen der bestehenden Wohngebäude im Herbst zunächst rund eine Million Mark zur Verfügung. Die Frage der Genossenschaft in Lauenburg (Elbe) ist fast befähigt, das Landgut Schwandebitz wieder zu fruchtbringender Ertragsfähigkeit ab und entwickelt stark die nützliche Schwannegatt. Das Kindererholungsheim der „Produktion“ an der Elbe verzahnt naturgemäß beträchtliche, gesteigerte Kosten, gleichwohl aber wird die Unentgeltlichkeit der Aufnahme von Kindern der Mitglieder beibehalten werden. Zu dem Ende von der Entwicklungsmöglichkeit einer gutgeleiteten Konsumgenossenschaft mag schließlich noch die Feuerversicherungsanstalt der Mitglieder der „Produktion“ mit 280 Millionen Mark hinzugefügt werden. Um weiter bauen zu können, beschloß die Generalversammlung, Ende September die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 100 Mark auf 300 Mark. Man steht, genossenschaftlicher Wille vermag viel.

Die Burgenlandkonferenz in Benedig.

Während der Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und der ungarischen Regierung über die burgenländische Frage, die unter Vermittlung des italienischen Ministers des Auswärtigen erfolgen werden. Worauf die ungarische Regierung versichert und was sie in der Konferenz zu erreichen hofft, ist nicht mehr unbekannt: Sie will von Oesterreich den Verzicht auf Debrecz erpressen, und zwar in der Weise, daß sie einestmals erklärt, ohne diesen Erfolg die Kraft, der ins Land einzuziehen, nicht zu haben, mit diesem Erfolg aus-

erzwingen. Die Aufgabe der österreichischen Unterhändler ist danach klar für uns, schreibt das sozialdemokratische Wiener Blatt, muß die Klärung des burgenländischen Gebietes, die vollständige und effektive, also die Wegschaffung der Banden, die Bedingung alles weiteren Verhandeln sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streit der Wädel im Breslauer Konsumverein erfolgreich beendet.

Nach längeren Verhandlungen am gestrigen Tage wurde der Streit, der seit dem 8. Oktober bestand, am heutigen Tage erfolgreich beendet. Die Wädel traten heute früh um 6 Uhr geschloffen zur Arbeit wieder an.

Quartalsversammlung der Ortsgruppe Breslau des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

In der überaus stark besuchten Versammlung am Freitag, den 7. Oktober, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, erstattete Kollege Fuhrmeister den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß das verfloßene Vierteljahr wieder im Zeichen der Kämpfe stand. Durch die neue Teuerungswelle, die über Deutschland hereinbrach, wurde vom Vorstand eine große umfassende Lohnbewegung mit Erfolg durchgeführt. Wenn es gelungen ist, nennenswerte Erfolge auf dem Verhandlungswege für alle Lohn- und Gehaltsempfänger zu erzielen, so aus dem Grunde, weil die Kollegen geschloffen hinter ihren Führern in der Gewerkschaft standen. Zugabegeben werden muß, daß die unteren und mittleren Gruppen der Gehaltsempfänger schlechter abgesehen sind, wie die der Lohnempfänger. Das liegt daran, daß große Teile der Beamten immer noch nicht ihre Klassenlage erkannt und den Wert der Gewerkschaftsorganisation aller Eisenbahner auf freigewerkschaftlicher Grundlage begriffen haben.

Viel Zeit und Arbeit verursachte die Durchführung der Beamtenrätewahl, die nach einheitlichen Richtlinien im Bereich der Reichseisenbahnen das erste Mal stattfand. Wenn der Deutsche Eisenbahner-Verband 64 000 Stimmen auf den ersten Kandidaten erzielen konnte, so ist das nach den gegebenen Verhältnissen als großer Erfolg zu buchen.

Dann gab Kollege Nowa den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betragen 448 361,24 Mark. Die Gesamtausgaben 80 298,25 Mark. Wofür beträgt der Kassenbestand am Schluß des Vierteljahres 368 063,38 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Vierteljahres 8143.

Für die Auslandshilfe und für die durch die Entlohnungskatastrophe von Oppau schwer betroffenen Arbeiterkassen wurden von der Ortsverwaltung dem Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes je 1000 Mark zur Verfügung gestellt. Desgleichen hat der Zentralvorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes 100 000 Mark für die Auslandshilfe und 50 000 Mark für die Hilfe von Oppau dem Zentralvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin zur Verfügung gestellt.

Kollege Nowa führte noch aus, daß die zweite Rate für den Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses abgeführt worden ist und ermahnt die Kollegen, in einmündigen Worten, bis zum vorgeschriebenen Termin die Baukosten zu einsenden, damit mit dem Erweiterungsbau so schnell wie möglich begonnen werden kann.

Dann sprach Kollege Großmann über die geteilte und durchgehende Arbeitszeit und das Gedinge. Bei der Reichseisenbahn. Er ging eingehend auf die Goelzer Ausführungs-Vorstellungen für den Reichsoberbürger und das Betriebsräte-Gesetz ein, die auf einer Tagung in Goslar im Juni 1921 von den betreffenden Vertretern beschlossen worden sind und die Zustimmung des Reichsverkehrsministers erhalten haben. Sie bedeuten eine einseitige Auslegung des Tarifvertrages im Sinne der Verwaltung und eine Verhinderung des Betriebsräte-Gesetzes. Die Folgen davon sind schon eingetreten, indem man gegen den Willen der Arbeiterschaft die geteilte Arbeitszeit bei vielen kleineren Dienststellen bereits eingeführt hat und auch versucht, auf den Güterbahnen, Betriebs- und Hauptwerkstätten die geteilte Arbeitszeit einzuführen. Die Verwaltungsorgane betrachten diese Maßnahme als eine reine Verwaltungsangelegenheit und versuchen überall, ihre Autorität und ihren Machtanspruch zur Anwendung zu bringen. Die vertretungsbefähigten Organisationen sind bereits beim Reichsverkehrsministerium vorstellig geworden und der Reichsverkehrsminister hat sich genötigt gesehen, einen Erlaß am 17. September 1921 zu erlassen, der besagt, daß nur dort die geteilte Arbeitszeit eingeführt ist, wo wirtschaftliche Bedenken nicht entgegenstehen. Es hat überall eine sorgfältige Prüfung der besonderen örtlichen und dienstlichen Verhältnisse mit den betreffenden Organisationsstellen zu erfolgen. Nach Ansicht der vertretungsbefähigten Organisationen ist die Einführung der geteilten Arbeitszeit vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu vereinbaren. Auch das Reichsverkehrsministerium mußte zugeben, daß dort, wo die geteilte Arbeitszeit bereits besteht, diese nur mit bedeutenden Anstrengungen durchgeführt werden konnte.

Ferner behandelte Kollege Großmann noch die Dienstdauer-Vorschriften für die Beamten und Hilfsbeamten, die durch die Auslegung der Verwaltung ohne Hinzuziehung der Beamtenschaft angewendet werden und eine Verschärfung und Verlängerung der Arbeitszeit für das Bahnpersonal bedeuten.

Das Gedinge-Verfahren, das schon in den Hauptwerkstätten besteht, ist auf den Güterbahnen auch überall eingeführt worden und für die Betriebswerkstätten liegen vollständig ausgearbeitete Entwürfe vor. Überall, wo das Gedinge-Verfahren besteht, ist die Mithilfe der Arbeiterschaft bei der Ausführung und Festlegen der Stücklisten gelindert.

Auf den Güterbahnen, Betriebswerkstätten und anderen Dienststellen, wo in drei aufeinanderfolgenden Wochenstunden gearbeitet wird, ferner in den Hauptwerkstätten wird unbedingt an der durchgehenden Arbeitszeit festgehalten werden. Kollege Großmann empfiehlt aber aus wirtschaftlichen Gründen zur Einsparnis an Licht und Kraft, den Beginn der Arbeitszeit in den Hauptwerkstätten in den Wintermonaten und zwar vom 1. November bis 28. Februar um 1 Stunde zu verschieben und schließlich seine Ausführungen mit dem Hinweis, auf die Verbände, die vom Zentralvorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in ganz Deutschland in der letzten Oktoberwoche veranstaltet werden wird, mit dem Zweck, den Ausbau der Gewerkschaftsorganisation für alle Lohn- und Gehaltsempfänger bei der Reichseisenbahn vorzunehmen.

In der darauf einsetzenden lebhaften Aussprache wurde von allen Rednern unterstrichen, an der durchgehenden Arbeitszeit unbedingt festzuhalten, aber in den Wintermonaten den Beginn der Arbeitszeit in den Hauptwerkstätten um eine Stunde zu verschieben und fest und geschloffen zusammenzubehalten, damit allen kommenden Ereignissen in der nächsten Zeit begegnet werden kann.

Die Verlegung der Arbeitszeit in den Hauptwerkstätten vom 1. November bis 28. Februar wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen.

Unter Vorsitz von Kollege Känich die Einrichtungen der Eisenbahner-Wohlfühlvereine aufgestellt und auf den Ausbau der Eisenbahner-Wohlfühlvereine aufgestellt und auf den Ausbau der Eisenbahner-Wohlfühlvereine aufgestellt.

Unter Vorsitz von Kollege Känich die Einrichtungen der Eisenbahner-Wohlfühlvereine aufgestellt und auf den Ausbau der Eisenbahner-Wohlfühlvereine aufgestellt.

Eine noble Gruppe im Ufa-Bund! Welch eigenartige Ansichten erstliche Mitglieder des deutschen Wertmeister-Verbandes, Sitz Düsseldorf, Ortsgruppe Breslau, vertreten, beweist folgende Tatsache:

Ueber den Zustand der gesamten Arbeiterschaft der hiesigen Steinzeugfabrik U. G. Breslau und Carlswitz, wurde in der „Volkswacht“ am 3. Oktober berichtet, daß die technischen Angelegenheiten dieser Firma eine vorläufige abwartende Stellung einnehmen. Das ist jedoch nicht der Fall.

Zum Beweise sei es durch mit folgendem gebietet: Diese sonderbare Kategorie von Beamten stellt sich infolge falscher Belehrung durch den Klempnermeister Siebert und Herrn Kolbe auf den izzigen Standpunkt, daß das Abladen von Kohle, Holz, Ton usw. keine Streifarbeits wäre.

Der Angestelltenrat des Breslauer Betriebes, ein Herr Schenk, spielt hierbei die schmutzigste Rolle. Trotz seiner Versicherung der Zahlstellenverwaltung des Fortellanarbeitsverbandes gegenüber, sich solidarisch mit der streikenden Belegschaft zu erklären, und in diesem Sinne auch auf seine Kollegen einzuwirken, verübten sie alle den schändlichsten Streikbruch, und begeben diesen noch täglich weiter.

Es ist an der Zeit, daß die gesamte Breslauer Arbeiterschaft mit solchen Elementen einmal gründlich abrechnet. Diese gemeine Handlungsweise vorgenannter Beamten ist in der Wolligung des hiesigen Ortsausschusses des U. G. B. vom 7. 10. 21 ohne Widerspruch gebrandmarkt worden.

Sollten diese Herren von ihrem Standpunkte nicht ablassen, und ihr verwerfliches Tun nicht einstellen, so behält sich die Belegschaft bestreikter Firma weitere Schritte vor.

Es wird, falls diese Herren es weiter so treiben, noch viel deutlicher gesprochen werden. Es ist wahrhaft eine feine Gruppe im Wertmeisterverband!

Aus der Provinz Schlessien.

Vom schlesischen Arbeitsmarkt.

Das Schlessische Landesarbeitsamt sendet uns über die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober 1921 folgenden Wochenbericht:

Die Besserung der Arbeitsmarktlage hielt auch in der letzten Berichtswoch an. Die Zahl der Arbeitslosen verminderte sich nicht unbedeutend, während die Zahl der offenen Stellen stieg. Infolge Vermehrung von Hilfsarbeiten in verschiedenen Gebieten nahm die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger allerdings etwas zu. Der Rückgang in der Zahl der Stellungsuchenden ist vor allem auf die Eröffnung der Kampagne in den Zuckerfabriken zurückzuführen.

In der Landwirtschaft blieb die Nachfrage nach ledigen Arbeitskräften allenthalben stark. Verheiratete Arbeitskräfte hingegen konnten in mehreren Kreisen nicht untergebracht werden.

Im Bergbau war die Vermittlungstätigkeit weiterhin ruhig. Die großen Gruben — mit Ausnahme des Rattowitzer Bezirkes — forderten Arbeiterstrafe nicht an.

In der Glasindustrie ist die Arbeitsmarktlage nicht einheitlich. Aus einigen Bezirken wird über gute Beschäftigung berichtet infolge größerer Abträge aus dem Auslande, die wegen der neuerdings weitergekauften deutschen Kassa eingelaufen sind. Im Rothener Bezirk hingegen herrscht Auftragsmangel.

In der Metallindustrie hat die Besserung der Arbeitsmarktlage angehalten. Im Bunzlauer Bezirk übersteigt die Nachfrage nach Arbeitskräften sogar das Angebot.

In der Textilindustrie ist die Lage weiterhin günstig. Die Lohnbewegung, die im Reichensdacher Bezirk gemeldet war, ist durch Verhandlungen beendet worden. Der Streit der Textilarbeiterinnen im Leobschauer Bezirk ist noch nicht beendet.

In der Holzindustrie ist der Bedarf an Lichtern noch nicht gedeckt. Gelucht werden — namentlich im Görlitzer Bezirk — Mischhölzer für Qualitätswaren.

Im Nahrungsmittelgewerbe ist keine wesentliche Änderung zu verzeichnen. Die Hefefabrik in Reinhardt beschäftigt in einiger Zeit ihren Betrieb einzustellen, wodurch gegen 30 Arbeitnehmer arbeitslos werden würden.

In Breslau sind die Tabakarbeiter in Lohnbewegung getreten.

Im Baugewerbe besteht an vielen Orten Mangel an Maurern und Zimmerleuten. Auch Maler werden gesucht. Der Streit der Bauhandwerker im Leobschauer Bezirk ist noch nicht beendet.

Großer Mangel herrscht an Hausangestellten, die Nachfrage konnte nur zum kleinen Teil befriedigt werden.

Im Ober-schlesischen Abklimungsgebiet hat sich die Arbeitsmarktlage wieder verschlechtert und zwar insbesondere in den Bezirken Hindenburg, Rattowitz und Feuchter. Die höchste Arbeitslosenziffer hatte nach wie vor der Feuchter Bezirk mit 448 arbeitslosen; ihm folgten die Bezirke Rattowitz (401), Rattowitz (386), Königshütte (254), Feuchter Rattowitz (246), Rattowitz (107) und Gieswils-Stadt (104). Die Nachfrage nach Arbeitskräften ansehnlich, so war sie am größten für ungelernnte Lohnarbeit und häusliche Dienste (614 Hindenburg, Rattowitz, Feuchter), geringer für den Bergbau (380 Hindenburg), die Metallarbeit und die Steinindustrie (222 Hindenburg, Rattowitz) und unbedeutend für die Landwirtschaft (71 Leobschau, Bies). Der weibliche Arbeitsmarkt bot nur Beschäftigungsmöglichkeit in der Hauswirtschaft.

Schweidnitz. Eine Hundertschaft Polizei kreitt. Als am Sonnabend vormittag die Beamten zum Exercieren im Stadthelme antreten sollten, weigerte sich die Hundertschaft nach dem bekanntlich in Chemnitz gegebenen Vorbild und ließ sich erst durch die Androhung sofortiger Entlassung dazu bewegen, im Stahlfeld auszurücken.

Der Kommandant der Hundertschaft, Major Bondig, dem die Weigerung der Beamten gemeldet wurde, suspendierte daraufhin die Hundertschaft von ihrem Dienst und meldete den Vorfall dem Regierungspräsidenten in Breslau. Es traf hier eine Kommission zur Untersuchung und zum Verhör der am Vorfall beteiligten Beamten ein. Eine endgültige Entscheidung ist bis heute nicht gefällt worden.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	11. 10.	10. 10.		11. 10.	10. 10.
Amerikan. Dollar	0,82	0,82	Schwed. Franken	—	—
Englische Schilling	4,25	4,28	Osterr. Kronen	1508,29	1485,88
Frankf. Franken	11,22	11,20	Polnische Mark	—	—
Holländ. Gulden	2,50	2,50	Russisch. Kronen	75,70	75,55

Wasserstand

vom 12. Oktober 1921.

Rattowitz	0,88	Kette (Unter-Regel)	1,87
Stroppitz	2,14	Breslau (Ober-Regel)	4,10
Leob.	0,78	Breslau (Unter-Regel)	— 2,32
Brieg (Krausenau)	1,39	Tschelchitz	— 1,04
Rattowitz	1,29	Waldenburg	— 0,28
Kette (Ober-Regel)	2,50		

Konsum- und Spar-Berein „Vorwärts“

für Breslau und Umgegend e. G. m. b. H.

Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr:

Ordentliche Generalversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17.

- Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Genehmigung der Bilanz, Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns und Entlastung des Vorstandes.

Entwürfe für die Generalversammlung sind rechtzeitig (nach § 14 III des Statuts) an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einzureichen. Die grünen Legitimationskarten sind am Saaleingang vorzuzeigen und die Stimmlisten in Empfang zu nehmen.

Der Aufsichtsrat.
S. M. W. Tokus.

3 Worte werden ab Freitag Breslau beherrschen
Trick-Trak Deutschlands größte Film-Operette
Henry Bender in der pikanten Rolle von Professor Steinach zum Baby verjüngt
Ah-Lichtspiele bringen ein kurzes Gastspiel erster Berliner Operetten-Schlager.

Der Rückfluge
4571

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER
Die Schreckensnacht in der Menagerie
Hayenbeck - Raubtier - Film 5 Akte
Anderem: Die neue Variétéschau!

DK
Michael Bohnen der deutsche Film-Herkules:
Santa Maria das Geheimnis eines Wracks
Sensations-Film 6 Akte.
Anderem: Die neue Variétéschau!

und die Tänzerin
Schlafzimmer komplett v. 2900 Mk. an
Küchen 7teil. v. 650 Mk. an
bei Raumangel empfehlen
Chaiselongue-Bett 1 Griff - 1 Bett
Julius Ollendorf & Co. Albrechtstr. 14.

Ruba-Seife
Beste Hausraschseife
Rudolph Balhorn
Säben- und Parfümerien-Fabrik
Stadt-Theater.
Doppel-Mittag-Opern
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Othello.
Samstag 7 1/2 Uhr:
Der Hugenotte
Sonntag 7 Uhr: Die Zandvoortse
Schauspielhaus.
Operntheater, Tel. Stg. 244.
Mittwoch u. tags 7 1/2 Uhr:
Der Opernball.
Freitag u. Samstag 7 1/2 Uhr:
Deshollandweibchen.
Sonntag nachm. 4 1/2 Uhr:
Die Frau hinterm Hehl.

Variété-Schau! Ab Freitag: Neueste amerikanische Sensation!
Das Zersägen einer Dame vor dem Publikum!
Colon, der Mann, den niemand heben kann! Alle starken Männer Breslaus sollen sich melden!

Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr
Die 10 Oktober-Attraktionen.

Beachten Sie!
Die deutsch-amerikanische Manège-Schau
„Ueber'n großen Teich“
5 Luft-Sensationen zu gleicher Zeit
Die Ankunft des Rieser-Grandkanjers „Hamburg“
Original-Importatione Bonzebelas
Wild-West-Truppe Hanny Staley
wird eine Sensation!
Eröffnung: 15. Okt. 7 1/2 - Circus Busch.

Gummiwaren
Für Damen und Herren
Spülprisen
Sensations-Film
Frau A. Göttinger

Toilette-Artikel * Seifen * Parfümerien
Sonderangebot:
Haarschmuck
Aperte Neuheiten - sehr preiswert.
Rudolph Balhorn
8 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

ZEPTEKINO
Bis Donnerstag:
Porten

Carl Bräuer's Festfale
„Zur frohen Stunde“ Gabigstr. 22
Heute Mittwoch:
Tanzkränzchen
Anfang 8 Uhr.

Gardinen
Bewährteste Qualitäten in allerneuesten Mustern
Meter 9, 12, 15, 20, 22, 25, 30 Mark.
Künstler-Garnituren: 2 Flügel, 1 Querbehang, prachtvolle Muster 90, 98, 110, 150, 200, 250, 300 Mark
Madras-Garnituren in sehr aparten Farbenstellungen
Halbstores 48, 75, 95, 110, 150, 225, 280 Mark
Tüll-Bettdecken 84, 90, 125, 150, 225, 300 Mark

Nöhenluft-Rohstaldutt
4 Akte. Außerden Serbica
Sensations-Schau
Nächte
Kaisersprache

Konzerthaus Priebeberg
Heute sowie jeden Mittwoch:
Vornehmer Tanz
Anfang 8 Uhr.

Teppiche
zu außergewöhnlich billig. Preisen
Zimmerteppiche, altbewährte, deutsche Fabrikate, neueste Muster in größt. Ausw. 200, 280, 470, 730, 820 bis 4500 Mk.
Bettvorleger, Läufertoffe, Schlafdecken
Benno Schenk

Streitbarer Tur
Luna-Säle
Die täglich großen
Preis-Kampagnen.
Heute Mittwoch singen:
Marsch, Lieder
Schlager, Opern
Festmarsch etc.
2 pr. Entschloß singen:
Lied, Tanz
Kell. Lieder
heller, Reize
Vor der Kämpfer:
Vortritt. Musik F. H.

Oberbayern
Gartenstr. 65
Urgemüthliche
Stimmung
Schlesische Musik
Kapelle
Besetzung: 1. Klarinette
2. Klarinette
3. Fagott
4. Horn
5. Trompete
6. Schlagwerk
7. Violine
8. Viola
9. Violoncello
10. Kontrabaß
11. Harfe
12. Gitarre
13. Mandoline
Lauten
Gitarren
Mandolinen
Arbeits-

Damen-Hüte
R. Glücksmann
Karlsplatz 3
1 Treppe. 7359

Viel Geld zu verdienen
durch
Gelegenheitskäufe in Pelzwaren.
Händler u. Wiederverkäufer
1 Posten elegante
Damen-Pelzgarnturen,
Herren-Pelzgarnturen
in allen Arten.
Bereite und Sell-Elektrik-Felle.
Pelz-Verkauf,
Höfchenstraße 50, 1. Etg.
Möbel
Schränke, Vertikos,
Bettstellen m. Matr.,
Sofas, Spiegel etc.
empfehlen
per Karte, eventuell
Tischabgabe.
Karsunky & Co.
Rosenhalsstr. 2, I.
7321
der Osterwache.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Oktober.

Eine Rundgebung der gesamten Einwohner Breslaus für DS.

Die Stadt Breslau ruft ihre gesamte Einwohnerschaft an... angesichts der ungeheuren Beunruhigung über die Genser Nachrichten vor einer verhängnisvollen Entscheidung über Obeschließen für Freitag, nachmittags 4 Uhr, zu zwei großen Rundgebungen auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle auf.

Unsere Parteileitung lehnt nach den letzten Breslauer Erfahrungen und wegen der Wirkung auf das Ausland die gemeinsame Einberufung der Demonstration mit den Deutschmonarchisten prinzipiell ab. Nachdem aber in der gegenwärtigen Lage die Stadt Breslau ihrerseits die Initiative zu einer geschlossenen Riesenumgebung ergriffen hat, hat sich die Partei bereit erklärt, diese Demonstration zu unterstützen und Redner zu entsenden.

Die Schutzpolizei und die Breslauer Sicherheitsverhältnisse.

Ueber dieses Thema wurde in der letzten Zeit so manches geschrieben. Verurteile und Unberufene polemisierten darüber, Nichtiges und Falsches wurde zum Ausdruck gebracht. Aber soweit auch die Meinungen auseinander gingen, in dem Punkte waren sie sich einig, daß die Sicherheitsverhältnisse in Breslau nicht die günstigsten sind und viel zu wünschen übrig lassen.

Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, den wahren Grund dieser Unsicherheit festzustellen, beweisen soll nur werden, daß er auf ganz anderem Gebiete liegt, als von den einzelnen Artikel-schreibern angenommen worden ist. Kurzhand bezeichnet Oberst de la Roi in seinem bekannten Interdiktum durch einen Verächtlicher der "M.M." die Polizeimacht Breslaus als zu gering und als die Ursache der unzulänglichen Sicherheitsverhältnisse.

Man sieht hier vor einem Rästel. Welcher Zweck mag verfolgt werden? Diese Ausbildungszeit wäre noch nicht zu verurteilen, wenn sie in erster Linie in polizeilicher und nicht, wie es geschieht, in anderer Hinsicht ausgenutzt werden würde. Kein Polizeikommandant wird behaupten können, daß die polizeiliche Ausbildung der Polizeibeamtenschaft Breslaus auf der Höhe ist.

Polizeipräsident a. D. Liebermann, der sich selbst als den geborenen Polizeipräsidenten einschätzte, daß dieses von ihm bei ihm vorhanden gebliebene Talent nicht bewiesen, denn sonst hätte er, der wissen mußte, daß die polizeiliche Ausbildung in seiner Polizei zu wünschen übrig ließ, zu dem absonderlichen Ausbildungsplan des ihm unterstellten Obersten de la Roi keine Zustimmung nicht gegeben.

Nachmals betonen wir, daß die Unterbeamtenschaft der Schutzpolizei Breslau die Notwendigkeit einer einschneidenden besonderen Ausbildung anerkennt, sie will aber nicht, daß darüber ihre polizeiliche Ausbildung leidet und in den Hintergrund gedrückt wird.

Zweiter Tag der Alkoholgegnertagung.

Oberverwaltungsgerichtsrat Heymann hielt zunächst einen Vortrag über die Alkoholfrage innerhalb der geistigen Strömungen und Bedürfnisse der Gegenwart. Das geistige Leben und Ringen, vielseitigst und verwirrend, stellt unser gegenwärtiges Geschlecht vor ungeheure Aufgaben.

Professor G a u p p zeigte die Erfolge der Abstinenzbewegung in Norwegen und Amerika, über die bei uns so viele falsche Nachrichten verbreitet sind. Abstinenz ist das einzige Mittel, vorwärts zu kommen, viel wirksamer als Protekte und Entschuldigungen.

Alsdann wurde folgende Entschließung angenommen: Aufforderungen und Einladungen zum Trinken verfolgen und locken das Volk ein, ringende deutsche Volk auf Schritt und Tritt. Unzählige Kneipen, Dieben, Bars, Likörstuben öffnen ihre Pforten und laden zum Genießen ein.

Anschließend hieran hielt Schriftsteller G. Davidsohn-Berlin einen Vortrag über: "Das Branntweinverbot". Er wies einleitend darauf hin, daß die Großstädte jetzt im Zeichen der Likörstuben und Schnapsbuden stehen.

Der Deutsche Alkoholgegnertag fordert, daß im neuen Strafgesetzbuch die Beirathung derjenigen Schankwirte und ihrer Vertreter vorgezogen werden, die offenbar Betrunkene geistige Getränke verabreichen.

Das deutsche Volk ringt in tieferer Not um sein Dasein. Arbeit, Sparbarkeit und Nüchternheit können es allein retten; nur dadurch werden wir auch im Ausland Verständnis für unsere Lage finden.

Am so bedauerlicher ist es, daß die durch den Ernst des Krieges geschaffenen Einschränkungen in der Herstellung und dem Vertrieb der geistigen Getränke und die Festsetzung einer frühzeitigen Polizeistunde in unverhältnißlicher Nachlässigkeit in der Alkoholverwaltung und der Benutzung der breiten Masse aller Volksschichten wieder aufgehoben sind.

Der Deutsche Alkoholgegnertag fordert daher mit Nachdruck und in bewusster Ueber einstimmigkeit mit allen Ernstenden unseres Volkes, eine frühzeitige Festsetzung unserer Polizeistunde.

Die Rehrseite.

Ein Nachwort zum Alkoholgegnertag.

Die Betriebsobente sämtlicher Breslauer Brauereien senden uns folgendes Nachwort zum Alkoholgegnertag: Weber, der es ehrlich meint mit unserem Volke und mit unserem Vaterlande, muß sich sagen, daß etwas geschehen müsse, um aus dem Elend unserer Tage heraus und in bessere Verhältnisse zu kommen.

Ueber die Wege aber, die uns wieder hinaufzuführen sollen, gehen die Ansichten weit auseinander. Der eine sucht den Ausschlag für unser Volk in der Religion; der andere, der andere, indem er sich einer ganz radikalen Politik anschließt; der dritte meint, wir müßten ganz neue, noch unerprobte Bahnen betreten, um unserem Volke zum Aufstieg und zum Glück zu verhelfen.

Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß ein gewisser Mißbrauch mit herausgehenden Getränken tatsächlich getrieben wird, und es soll hier nicht denen das Wort geredet werden, die betrunken in den Gassen herumtorkeln, während die Frauen und Kinder daheim hungern und frieren müssen.

Man glaube nicht, daß ich mit meinen Ausführungen das Alkoholkapital in Schutz nehmen will; der Kapitalist, der gleich meinem Gewerbe er angehört, hat ganz andere Ziele, als die Bekämpfung des Alkohols.

bedingte Abstinenzbewegung Front machen, dann ist dies ein Kampf um unsere Existenz, und wir haben ganz andere Gesichtspunkte für unsere Stellungnahme. Wir wollen jedoch keine Schranken und dem Allgein sowohl dienen, wollen, soweit uns unsere Arbeitsbrüder das A. ihrer Vertretung anvertraut haben, unseren Kollegen die Arbeit erhalten; wir wollen verhindern, daß das Meer der Erwerbslosen weiter erwächst und denken auch daran, daß mancher Arbeitsloser kein Brot in unseren Betrieben finden kann, wenn das Braugewerbe blüht und gedeiht.

Wir möchten allen freizugewanderten Kopf- und Handarbeitern die Mahnung ans Herz legen: Laßt euch nicht ansehen gegen das, was ihr als gut und nützlich erprobt habt; laßt euren Arbeitsgenossen aus dem Brauereisack nicht in den Rücken, sondern denkt daran, daß es letzten Endes eure reißlos organisierten Mitarbeiter sind, die unter den Uebergriffen der Abstinenzler leiden und ihre Haut zu Markte tragen müssen.

Tagung der schlesischen Ortskrankenkassen.

Der Provinzialverband schlesischer Ortskrankenkassen hielt am Sonnabend und Sonntag seine Jahresversammlung im "Bürgergarten" ab, der als Vertreter des Versicherungsamts Magistratsrat Dr. G z und Landesrat Schuber t von der Landesversicherungsanstalt bewohnten.

Landtagsgeordneter S ch a l i c h eröffnete die gutbesuchte Tagung und gedachte dann in warmen Worten der Bevölkerung Oberschlesiens, die durch den dritten Polennuß besonders schwer zu leiden hatte.

Im Laufe des Berichtsjahres sind dem Provinzialverband 14 Kassen neu beigetreten, so daß dem Verbands nun 100 Ortskrankenkassen angeschlossen sind. Da die großen Aufgaben, die die Kassen zu erfüllen haben, ein gemeinsames Handeln notwendig machen, wäre zu wünschen, daß sich alle noch abseits stehenden Kassen dem Verbands anschließen mögen.

Die Erziehung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kassen und Ärzten und die für diese zu leistenden Arbeiten nahmen die Tätigkeit der Verwaltung in hohem Maße in Anspruch. Die vielen Verhandlungen mit den Ärzten, die sehr oft unter schwierigen Verhältnissen geführt werden mußten, erforderten viel Zeit und Mühe.

Die Arztfrage ist überhaupt die brennendste Frage der Gegenwart, sie wurde dann eingehend von Herrn Bergmann-Breslau behandelt. Gegenwärtig kommen in Deutschland auf 1000 Menschen ein Arzt, früher dagegen auf 2500 Menschen ein Arzt.

An diesen Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, in der insbesondere auf die vielen unzulässigen Verordnungen hingewiesen wurde, die den Kassen viel Geld kosten und von den Ärzten nicht benutzt werden.

Den Schluß der Sonnabendtagung bildete ein außerordentlich lehrreicher Vortrag des Sanitätsrats Dr. Sachs über: Operationslose Behandlung chirurgischer Krankheiten. Redner leitete auf dem Standpunkt, daß der Einschnitt des Chirurgen nicht den ganzen Eiter herausholt, sondern er in der Tiefe weiterkriecht.

Der Vorsitzende bedauerte, daß dem Verfahren des Sanitätsrats Dr. Sachs von der Verstecktheit so wenig Verständnis entgegengebracht wird, trotzdem sich die Methode als außerordentlich erfolgreich erwiesen hat.

Die Sonntagssitzung, der auch ein Vertreter des Versicherungsamtes Breslau-Verband bewohnte, begann mit dem sehr interessanten Vortrag des Oberarztes Dr. Linnar über die Heilmittelverforgung der Krankenkassen.

Es wurde dann eine Entschließung angenommen, die besagt: Die Entzweiung der Arznei- und Heilvorforgung beansprucht die ernste Aufmerksamkeit der Landesverwaltungen. Dem ungerechtfertigten Anzeichen der Kranken ist durch geeignete Anordnungen entgegenzuwirken.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. - Verwaltung Breslau.

Margaretenstr. 17, Zimmer 18-20. Tel. Ring 1611. Geschäftszeit: vormittags 8-10 1/2, mittags 12-1, nachmittags 4-6 Uhr. Sonnabend nachmittag und Sonntag geschlossen.
 Dienstag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Kasienbericht vom 3. Quartal 1921. 2. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz. 3. Wahlvor schläge für die engere Bezirksleitung. 4. Bericht vom Verbandsstag in Jena.

Ohne Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes kein Zutritt. Die im Mitteilungsblatt angekündigte Generalversammlung am Montag, den 21. Oktober, findet also schon am Dienstag, den 18. Oktober, statt. Wir bringen dies zur dringenden Beachtung.

Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Gemeindebetrieben.

Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: **Versammlung** aller Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes die in Gemeindebetrieben tätig sind.

Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen. - Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. - Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die Ortsverwaltung.

Elektromonteuere! Hilfsmonteuere! Hilfsarbeiter!

Branchenversammlung über die Tarifverhandlung.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die Ortsverwaltung.

Am 10. Oktober verschied nach langem schweren Leiden mein innig geliebter, hochachtungsvoller Gatte, mein treuer Vater, Bruder, Schwager, Schwagerohn und Onkel, der Arbeiter, frühere Kutscher

Franz Thamm
 im Alter von 38 Jahren. 7463
 Breslau, den 11. Oktober 1921
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Anna Thamm,
 geb. Scherlich.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Oewilner Friedhofes aus statt.

Kranken- u. Sterbekasse „Beständigkeit“

Außerordentliche Generalversammlung
 Mittwoch, den 19. Oktober 1921, abends 7 Uhr, im „Süßgarten“, Weidenstraße 25 (Hieslauer).
 Tagesordnung:
 1. Bericht über die Tätigkeit der Kasse vom 1. Juli bis zum 30. September 1921.
 2. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz.
 3. Wahl von Vorstandsmitgliedern.
 4. Bericht vom Verbandsstag in Jena.

Parteilose
 kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht

Zum Verkauf
 6 gute, neue **Wäster**
 und 4 Anzüge
 mittlere Figur, postbillig zu verkaufen. - Beschäftigung Donnerstag, nachmittags von 3-7 Uhr. 7240
 J. Leuge, Opitzstraße 11, II.

Arbeitsmarkt

Für unsere Abteilung **Herren-Bekleidung** suchen wir mehrere erfahrene **Zuschneider** (Zeichner) sowie **Maschinen-Zuschneider.**

Berücksichtigung finden ausführliche schriftliche Offerten tüchtiger Kräfte, die mehrjährige Tätigkeit in größeren Betrieben nachweisen können.

Aktiengesellschaft für Webwaren und Bekleidung
 Gartenstraße 7

Am 10. Oktober verschied nach langem Leiden mein Freund und Genosse, der Oberbedienstete

Paul Nagel
 im Alter von 30 Jahren.
 Sein Andenken werden in Ehren halten die Genossen und Genossinnen der **Partei (KPD)** des Sozialdemokratischen Verbandes.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunal-Friedhofes in Cosel (Barbara). - Trauerhaus: Wendenstraße 34.

Schles. Welt-Sport

Herren-Versammlung: Donnerstag, den 12. Oktober 7 1/2 Uhr, in der Reform-Säle, Gabelstraße.
 Der Mitglieder-Anschluß.

Zu kaufen gel.

Musikinstrumente auch **Lehrbücher**, kauft **M. Lindner, Köpenickerstr. 1.**

Ankauf Gold u. Silber
 Der Herr im höchsten Preise kauft **Gold, Silber, Schmuck, Uhren, Brillen, etc.**
Altmetalle
 kauft zu höchsten Preisen **Jüngling, Gerickestr. 4.**

Knopfloch-Maschine
 zu verl. Magdalenenplatz 6.

kleider- und Blusenstoffe
 in 20 Jacht vorr. Nr. 32.50 bei **Friedländer, Sonnenstr. 30.**

Nähmaschinen Mundschiffchen
 für Schneider
 • Konfektion
 • Näherinnen
 • Weißnäherin
 auch i. modern. geschmackvollen **Serient- u. Schrankmöbeln**, empfehle in sehr großer Auswahl. Bei Wunsch Teilzahl. **Jacob Schilling, Breslau Kaiser-Wilhelm-Str. 4** sein Laden. Nur 1. Etage.

1 Fahrrad, 1 Grammophon u. Platten verkauft preiswert **Wendel, Dult, Traubenstr. 21.**

Nähmaschinen
 zu sehr billigen Preisen. **Rosenfeld, Wilschauerstr. 78/79**

Schlechte Herrenkleidung Militär-Mäntel
 werden bei uns in schneller Herstellung zu diesen Sportspreisen oder höher umgewandelt. **Reichhaltiges Sortiment in neu und modischen Dingen. Große Auswahl an Bekleidungsgegenständen. Große Reduktionen. Herren- und Damen. Kauschische Waren werden schnell abgesetzt.**
Jaschonek & Kleiner, Gabelstr. 2.

Grammophon-Platten
 kauft zu höchsten Preisen **Carl Sadur, Ringstr. 24, Tel. 2008.**

Alt-Metalle
 kauft zu höchsten Preisen **Otto, Koberstr. 8.**

Am 10. Oktober verschied unser Mitglied, der Oberbedienstete

Paul Nagel
 im Alter von 30 Jahren.
 Ihre seinen Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
 Beerdigung: Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunal-Friedhofes in Cosel (Barbara). - Trauerhaus: Wendenstraße 34. Diebstahl 28.

B. E. Fiedler's Nachf. Ernst Seydel
 „Zum goldenen Apfel“ **Herrenstr. 2.**
 Tel. Ring 2902. **Warenhaus des Ringes. 7241**

Möbel
 billig geg. Kaufmann, **Engl. F. Dawid, Gabelstr. 2, I. Eingang Wendenstr.**

Das Thema
 in den Beständen

Sparlames Kochen u. Heizen

am Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr und Freitag, den 14. Oktober, nachts 5 Uhr und abends 8 Uhr, im großen Saale des St. Margareten-Hauses, Gabelstraße 1-2, behandelt folgende Punkte:

1. **Wie ist es möglich?**
 mit 1 Zentner Kohlenstoff genau heizen zu können wie sonst in der gleichen Zeit mit 6 Zentnern?
2. **Wie ist es möglich?**
 auf einer Platte gleichzeitig die ganze Wohnung zu beheizen, bei nur 2 Zentnern, gar zu heizen wie ein Haus bei noch 25 % zu sparen?
3. **Wie ist es möglich?**
 2 1/2 Zentner 3 Liter Wasser ohne Kohlenstoff zu kochen zu können?
4. **Wie ist es möglich?**
 einen heissen, große Wärme entwickelnden, Gase, Brennstoff, (Brennstoff) ohne Kohlenstoff zu kochen zu können?
5. **Wie ist es möglich?**
 mit 1 Kilogramm Kohlenstoff Kohlenstoff in ungefähr 5 Minuten ein warmes Getränk zu kochen?
6. **Wie ist es möglich?**
 ohne große Kosten in jeder Wohnung ein Heizungsgerät zu installieren?
7. **Wie ist es möglich?**
 auch beim Kochen ein großes Menge Wasser zu kochen auf der Kochplatte ganz einfach zu kochen?
8. **Wie ist es möglich?**
 jede Wärme als Heizwärme zu benutzen und an dem heizen noch 25 % zu sparen?

Diejenigen der beschriebenen Art zu kochen wollen, besuchen die Vorlesung am Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des St. Margareten-Hauses, Gabelstraße 1-2, abends 8 Uhr, im großen Saale des St. Margareten-Hauses, Gabelstraße 1-2.

Ata
 Henkel's Scheuerpulver



Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders

Tagsschneider
 für meine Webabteilung
 7459
 Tarif I
 Bestellung, erst sofortiger Antritt bei **S. Guttentag, Altbühlerstraße 5, I.**

Tüchtige Näherin
 für Maß, Tarif I u. II, sucht sofort **Rauprich, Augustastraße 226, II.**

Wählenbau-Monteuere
 f. Damen-Konfektion

Unterhaltung

Der Hansjörg von Michelhausen.

(Ein alter deutscher Schwank.)

Im gelegenen Schwabenlande gibt es gottlob noch gar manchen, der sein Lebtag nicht krank gewesen oder nur wenig Speisen aus der lateinischen Küche bekommen hat. Zu diesen Glücklichen gehörte auch der Hansjörg von Michelhausen, bis sich bei ihm eines Tages gar bedenkliche Anzeichen irgend einer Krankheit einstellten. Es war ihm plötzlich im Leib nicht mehr recht wie sonst, und seine stets große Lust zum Essen und Trinken war wie weggeblasen. Der Hansjörg machte sich jedoch nicht viel daraus. „Es wird sich schon wieder geben“, sagte er.

Aber sein Weib, die Kathrin, betrachtete die Sache ganz anders. Mit Schrecken dachte sie an die Möglichkeit, der Hansjörg könne über Nacht sterben. Das wäre ein harter Schlag für sie gewesen, denn sie war sehr wohl mit ihm zufrieden und fest überzeugt, daß ein Erbsch für ihn gar nicht oder nur sehr schwer zu finden gewesen wäre. Sie begann sich daher keinen Augenblick, sondern schickte sogleich den Knecht in die Stadt zum Doktor Schröpfer, und er möchte doch gleich nach Michelhausen kommen und nach dem Hansjörg gucken, der auf den Tod krank sei und sein Weib mehr ehen möge.

Nach einigen Stunden kam der Doktor angefahren. Er fand den Hansjörg mit zuckelndem Gesicht in der großen Himmelsbettlade liegen, zugedeckt bis an die Zähne. Mit bedenklicher Miene, die der Hansjörg ängstlich betrachtete, untersuchte der Doktor den Puls. „Nicht zum besten“, räumte er kopfschüttelnd. Und wieder ergriff er den Puls einen Schläge er, auf seine große goldene Sekundenuhr schaute aufmerksam zählend. „Er hat zuviel gegessen“, sagte jetzt bestimmt und streng der Doktor zu dem erkrankten Hansjörg, „und dazu einen schnellen, langen und hitzigen Trunk getan.“ Was hat er denn in den letzten Tagen gegessen?

„Ja“, erwiderte ganz betroffen der Hansjörg, „ja, weiter grad nur als Sauerkraut und Knäpfe.“

„Mann?“

„Vorgeknet im Fäße“ in der Stadt.“

„So, im Fäße? Aha, da hat er gewiß auch einmal den heutigen Knecht verführt?“

„Glaub so, es ist vom heutigen gewesen.“

„So, ja. Wieviel hat er denn verführt?“

„Ja, i glaub, es sind so ein Schöpple jeßn oder esse gemeßt.“

„Was grad mit soviel“, sagte der Doktor, „wenn der Wein nicht so donnermächtig hart war.“ Hansjörg, ich sag ihm, nehm er sich diesmal in acht und bleib er sein im Bett. Ich will ihm zwölf Blutegel verschreiben. Auf die wirds wohl besser werden. Wird es nicht besser, so schick er nur gleich wieder zu mir. Sein Knecht kann gleich mitfahren, und die Blutegel holen.“

Die Kathrin, die dabei stand, atmete leicht auf. Der Doktor hatte gottlob nichts vom Sterben gesagt.

Gegen Mittag brachte der Knecht die Blutegel.

Langsam betrachtete sie die Kathrin. Sie wußte im Augenblick nicht, was sie damit anfangen sollte; denn die Art, wie man sie gewöhnlich zu gebrauchen pflegt, war ihr gänzlich unbekannt. Deshalb entließ sie sich schnell. „Der Doktor“, sagte sie vor sich hin, „ist doch ein gar gelehrter Mann; weil der Hansjörg ja gar kein Appetit mehr hat und die Bauernkost nicht recht vertragen kann, so hat er ihm die kleinen, weichen Dinger verschrieben, daß sie ihm kein Loch in den Magen drücken. Der Doktor verschreibt doch nur zum Einnehmen“, dachte die Kathrin, „mit den kleinen Dingen wirds auch nicht anders sein!“

Somit ging die besorgte und geschäftige Bäuerin in die Küche und machte ein gemaltiges Feuer an. Ueber das Feuer ließ sie die Mädelknecht, in welche sie einen mächtigen Klumpen Schmalz legte, und als dieses geschmolzen war, die Blutegel hineinschickte. Hoch und hehr in dem ungewohnten Element umher! Härten sie härter können, sie hätten gebrüllt wie die Löwen und geknarrt und gerast über solche barbarische Handlung. Aber die armen Bischen konnten sich nur erbarmlich winden und krämen in der heißen Brühe und sich aufblähen vor Schmerz und Pein. Alle ihre süchtlichen Verwünschungen gegen die einäugige Bäuerin bestanden nur in schmerzlichen, pfeifenden Seufzern, die sich in dem Rischen und Pfaffen des Schmalzes verloren und von der Kathrin nicht beachtet wurden; denn dieser lag nur die baldige Genesung ihres Hansjörg am Herzen.

Endlich wurde es stiller und ruhiger in der Pfanne. Mit prüfendem Blick schaute Kathrin hinein und freute sich herzlichlich, als die zwölf Blutegel so gar schön aufgegangen waren und geduldig in der Pfanne schmorten. Zwar war der Anblick der fetten, braunen, roten Geßellen kein besonders einladender, aber es freute sie doch; galt ja das gelungene Werk ihrer Kochkunst dem Hansjörg.

„Du lieber Gott“, sagte sie erstaunt, was muß unsereins doch alles essen, wenn der Doktor verschreibt, man solls fast gar nicht glauben, daß solches Zeug helfen könnte.“

Und jenseit über die Grausamkeit der Ärzte nahm sie die Pfanne vom Feuer und ließ damit in die Stube, um dem Hansjörg die Arznei frisch und heiß in der Pfanne selbst vorzusetzen; denn so ist bekanntlich jeder gebatene Lederbüßler an schmachhaftesten, das wußte die Kathrin wohl. Weil aber der Hansjörg das Bett nicht verlassen durfte, so holte sie eiligst das Kucheltischchen herbei und legte es auf die Bettdecke, damit sie von dem noch glimmenden Fuß der Pfanne nicht schmutzig werde oder gar anbrennen möchte.

„Jetzt laß dies schmecken!“ sagte sie freundlich und aufmunternd zu dem kranken Manne. „Einen Salat habe ich dir nicht dazu gemacht, der tauht nicht für Kranke.“ Damit reichte sie dem schwächelnden Hansjörg die zweifelhafte Gabel und stellte sich erwartungsvoll neben das Bett, wie dem Patienten die köstliche Arznei schmecken würde.

Schweigend richtete sich der Hansjörg im Bett auf. Er hatte inzwischen einen tüchtigen Appetit verspürt. Seit dem Sauerkraut im „Fäße“ hatte er kein Brotle mehr über die Zähne gebracht. Verwundert sah er das braune Gebäck an. Solch seine Sachen sind ihm während seines Hausens noch nicht vor die Gabel gekommen.

„Schlecht kanns nicht sein“, dachte er, sonst hätte es der Doktor nicht verschrieben.“

Er begann sich nicht lange und oh tapfer drauf los. Die gedackene Arznei muß auch wirklich recht delikate gewesen sein, denn bald war auch nicht einer mehr von den Blutegeln in der Pfanne.

„Gottlob“, sagte die Kathrin, als sie die Pfanne wegnahm, „gottlob, er ist doch wieder!“

Herzlich hatte es dem Hansjörg geschmeckt. Zufrieden legte er sich auf die Seite und schloß den Schlaf des Gerechten bis zum späten Abend, wo es ihm im Weibe auf einmal ein wenig zwidte, welchem Uebelstand er aber mit einem tüchtigen Schlaf Kirchengeist kräftig entgegenwies. — Der Hansjörg befand sich vollständig auf dem Wege der Besserung. Auch die zwölf eingewirgten parasiten gemüht gar einen gesunden, köstlichen Salat.

Sozialismus und Schulreform.

Von Dr. Ganzenmüller.

Daß heutzutage weite Kreise der Lehrerschaft, insbesondere der Volksschullehrerschaft, Anhänger einer einschneidenden Schulreform sind, ist ebenso unbestreitbar wie die Tatsache, daß die Mehrheit der Lehrer diese Reform innerhalb der Schulwände, als eine Angelegenheit der Junii, allenfalls noch der Eltern, durchzuführen will. Man glaubt immer noch unterscheiden zu können zwischen der Schule, die eine rein geistige Angelegenheit ist, und „dem Leben“ draußen, wo wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte maßgebend sind. Bewunderlich ist die unpolitische Einstellung der Lehrer ja nicht. Im alten Obrigkeitsstaat war der politisierende Lehrer, wenigstens soweit er links von den National-liberalen stand, eine den hohen Behörden höchst unerwünschte Erscheinung und so machten die meisten aus der Not eine Tugend, erklärten das politische Dasein, weil sie es in ihrer Tonart nicht singen durften, gern für ein garliches, und hielten sich von der Politik überhaupt fern. Die notwendige Folge war eine Verengung des Gesichtskreises, für den Stand als Ganzes fiel er, abgesehen von den Gehalts- und Ständestragen, mit den Schulmännern zusammen, was jenseits lag, das waren wissenschaftliche und sonstige Liebhaber des einzelnen, der Blick für die Bedeutung des wirtschaftlichen und politischen Lebens in seinem Zusammenhang mit den Schulfragen, die Erkenntnis, daß Schulpolitik eben ein Stück Politik ist, der fehlte und fehlt vielen Vertretern noch heute.

Den besten Beweis dafür liefern die beiden Vorträge über „den Gedanken der Kulturschule“ und „die Lehrerpersonalschule der neuen Schule“, mit denen am 3. Oktober Gaudig, einer der erfolgreichsten und eigenartigsten Verfechter der Schulreform, die Breslauer Studienwoche für Erziehungswissenschaft und Pädagogik eröffnet hat. Drei Hauptgedanken arbeitete er dabei heraus. 1. Die Schule ist ein Teil des ganzen Kulturprojektes, muß also 2. getragen werden vom Kulturwillen der Lehrer, Schüler und Behörden; in der Vergangenheit hat der Kulturwille gefehlt; das Ziel der Erziehung — dies der dritte Gedanke — ist die Verbindung von Persönlichkeit und Gemeinschaft. Damit kann sich gewiß jeder ernste Schulreformer einverstanden erklären; fragt man aber, wie Gaudig sich die Verwirklichung denkt, so wird der Gegenstand sofort klar. Gaudig verwarf jeden „Utopismus“ und lehnte „den Glauben an das Wunder der Umwandlung der Seelen durch den Sozialismus“ ausdrücklich ab. Mit Schlagworten ist es doch eine sonderbare Sache: für Gaudig sind wir Sozialisten utopisch befangen, für uns aber ist gerade der ein Utopist, der glaubt, die Menschen ändern zu können, ohne die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Existenz zu ändern. Damit soll nicht behauptet werden, daß es genügt, lediglich den wirtschaftlichen Unterbau zu ändern; natürlich läßt sich die für die neue Gesellschaft notwendige geistige Umstellung nur durch Erziehung erreichen, aber alle Erziehung ist machtlos, solange die ökonomische Wirklichkeit ihr entgegenwirkt. Wenn Gaudig von der Erziehung zum Beispiel verlangt, sie solle den Menschen dazu bringen, daß er die Arbeit nicht mehr als Ware, sondern als Produkt einer schaffenden Persönlichkeit wertet, so sieht er damit unbewußt auf dem Boden des Sozialismus, genauer gesagt, er kommt wie unsere großen idealistischen Philosophen, wie namentlich Nietzsche, ausgehend vom Wert der Einzelpersonlichkeit, zu denjenigen Forderungen, zu denen Karl Marx durch seine ökonomischen Studien geführt wurde. Der Unterschied ist nur, daß Marx gleichzeitig zeigt, wie die Sache angepaßt werden muß, während bei Nietzsche alles gentale Thunung bleibt. Es gibt eben hier nur die Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus; es gehört zum Wesen des Kapitalismus, allem, den Erzeugnissen der Kunst und Wissenschaft so gut wie der Arbeitskraft des Menschen, den Charakter der Ware aufzudrücken. Ware wird die Arbeitskraft bleiben, solange der Arbeiter von seinen Produktionsmitteln getrennt ist, der einzige Ausweg besteht also in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, im Sozialismus.

In denselben Utopismus verfällt Gaudig, wenn er die Volkseinheit als Voraussetzung des Kulturwillens und somit aller Erziehung betrachtet. Volk ist für ihn eine Persönlichkeit zweiten Grades, d. h. es kommen dem Volk als einer Zusammenfassung von Einzelpersonlichkeiten die Eigenheiten zu, die das Wesen der Persönlichkeit ausmachen, vor allem demnach ein eigener und einheitlicher Wille. Daß ein solcher in unserem Volke noch nicht besteht, mußte Gaudig selbst zugeben, wie wir aber dazu kommen können, mußte er nicht zu zeigen. Auch hier weist uns der Sozialismus den allein möglichen Weg. Nicht das Volk, wohl aber die Persönlichkeit ist schon heute eine „Persönlichkeit zweiten Grades“. Die Vorhandensein des Klasseninteresses ist ja das größte Hindernis für das Zustandekommen einer wahren Volksgemeinschaft, erst wenn wir uns frei machen von den Klassengegensätzen, können wir ein Volk im Vollinn des Wortes werden. So meinen die bürgerlichen Ideologen. Ganz recht, erwidert der Sozialist, nur darf man nicht glauben, man könne innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Klassengegensätze überbrücken oder gar aus der Welt schaffen. Der Weg zur Vernichtung der Klassengegensätze geht durch den Klassenkampf, auch hier kann nur der Sozialismus das von Gaudig erstrebte Ideal verwirklichen.

Der mangelnde Blick für die harten Tatsachen des Wirtschaftslebens verrät sich schließlich auch darin, daß Gaudig die Familie als besonders wichtigen Erziehungsinstanz erhalten wissen wollte. So wandte er sich gegen die Gedanken der „Entschiedenen Schulreformer“, die die Schule so anschauen wollen, daß das Kind auch einen großen Teil seiner Freizeit dort mit Spielen usw. beschäftigt wird. Nun betonen auch die entschiedenen Schulreformer ausdrücklich, daß sie die Familie durchaus nicht überflüssig machen und durch die reine Internaterziehung ersetzen wollen. Aber sie wissen, was Gaudig zu übersehen scheint, daß viele Familien, namentlich Proletarierfamilien gar nicht mehr in der Lage sind, sich genügend um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern, und daß deshalb die Verantwortlichkeit hier unbedingt eintreten muß, sollen die Kinder nicht aller Gefahren der Straße preisgegeben sein.

So führt selbsterleuchtendes Denken in Schulfragen immer wieder auf die unentbehrlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen aller menschlichen Schulreform. Die einheitliche Schule und der einheitliche Lehrerstand, die Schätzung der Arbeit als Ausdruck der freien Persönlichkeit, der Ausgleich zwischen Persönlichkeit und Gemeinschaft und die wahre Volksgemeinschaft, alle diese Ideale lassen sich verwirklichen, nur wenn es gelingt, den Klassencharakter der heutigen Gesellschaft zu beseitigen. Die heutige Spaltung unserer Schulen in höhere und Volksschulen und damit die Spaltung des Lehrerstandes ist ja nur das Abbild der Spaltung unseres Volkes in eine herrschende und beherrschte Klasse und — das Mittel zugleich, diesen Zustand zu erhalten. Wer immer noch meint, es genüge heute noch kleine Reformen, Umstellungen in den Stundenplänen u. a., der darf ja hoffen, solches auch durch die Parteien der bürgerlichen Linken zu erreichen. Wer aber überzeugt ist, daß nur eine grundsätzliche Umstellung unserer ganzen Erziehung uns weiterheilen kann, der muß auch die notwendige Voraussetzung wollen, den Uebergang der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft.

Beharrlichkeit.

Von Fritz Eppmann.

Jeder präge fest sich ein,
Will ihn Unlust fassen:
Steter Tropfen höhlt den Stein!
Nur nicht locker lassen . . .

Niemals ist beim ersten Hieb
Zu ein Baum gesunken . . .
Dürres Holz man früher riebt,
Wis gesprüht die Funken . . .

Scheint dir manchmal auch das Ziel
Zählings zu verschwinden,
Gib verloren nicht das Spiel,
Wirft's schon wieder finden . . .

Immer ja das Sprichwort merk,
Das ich dir hier sage:
Nie erbaut ein großes Werk
Wurd' an einem Tage . . .

Drum präg' sich jeder ein,
Will ihn Unlust fassen:
Steter Tropfen höhlt den Stein!
Nur nicht locker lassen!

Ein historisches Kinderfest.

In dem kleinen herrlich gelegenen Städtchen Lindau am Bodensee wird jedes Jahr am 15. Juli ein Kinderfest gefeiert. Dieses Fest hat historische Ursprung. Im 30jährigen Kriege hatte die freie Reichsstadt Lindau schwer zu leiden. Ständig zogen neue Truppen durch, die Kosten für die Verpflegung der Besatzungstruppen des kaiserlichen Heeres mußten bezahlt und hohe Kriegsteuer und Steuern entrichtet werden. Die Pest wüthete jahrelang in der Stadt und gegen Ende des Krieges mußte diese noch eine Belagerung durch die Truppen des Generals Wangrau erleiden. Endlich wurde 1648 der Friede geschlossen. Bei den Friedensverhandlungen war die Stadt Lindau durch den Juristen Dr. Valentin Hender vertreten. Nach seiner Rückkehr gingen seine Bemühungen dahin, auf die heranwachsende Jugend einzuwirken. Auf eine Anregung wurde vom Kirchen- und Schulrat in Lindau im Jahre 1655 beschließen, jährlich nach den Frühjahrs- und Herbstprüfungen zwei „Schulpredigten“ abzuhalten, die der Ursprung des heutigen Kinderfestes wurden. Später fand nur eine Schulpredigt jährlich statt, die aber mit größerer Feier begangen wurde. Nach dem „Regensburger Beispiel“ wurde ein Gebäck an die Kinder verteilt, welches Busschelle genannt wurde; dieses Wort stammt aus dem lateinischen buccella und bedeutet kleiner Bissen. Bis zum Jahre 1805 wurde dieses Kinderfest jährlich gefeiert. 1805 kam Lindau, das seit 1802 keine freie Reichsstadt mehr war, an Bayern. 1806 wurde das Kinderfest verboten, anscheinend fürchtete die bayerische Verwaltung, daß das Kinderfest „dem Geist und der Gesinnung der kgl. bayerischen Regierung nicht angemessen sei“. Erst im Jahre 1817, in welchem auch die 300. Wiederkehr des Reformationsfestes feierlich begangen wurde, fand auch wieder ein Kinderfest statt zur Freude der Jugend, an welche auch Denkmünzen verteilt wurden. Aus der dafür veranstalteten Sammlung blieben noch 200 Gulden übrig, welche als Fonds für die heute noch bestehende Reformations-Schulfeier Stiftung bestimmt wurden. Damit sollten „der evangelischen zur Augsbürgischen Konfession sich bekennenden Schulljugend der Stadt Lindau und der evangelischen Pfarren Altschad und Pentin alle Jahre an einem der zweiten Mittwoch im Monat August zu veranstaltenden Schulfeste Brote, „Busschellen“ genannt, ausgeteilt werden. An der Brotverteilung sollten auch katholische, jene Schulen besuchenden Kinder teilnehmen“. Das Grundkapital erwies sich aber als zu klein und so fanden noch in den Kirchen Sammlungen statt bei jeder Schulpredigt. Später wurde das Kapital durch die Stiftung eines Lindauer Bürgers vergrößert, und die öffentlichen Sammlungen konnten fortfallen. 1854 gab der Fabrikant Gressler 400 fl. für eine „Stiftung für die katholische Schulljugend in Lindau“.

Seit 1886 wird das Kinderfest im Schüßengarten gefeiert. Die Kinder werden reichlich gespeist und vergnügen sich auf Schaukeln, Karussells usw., auch eine Verlosung findet statt. Seit 1914 fand kein Kinderfest mehr statt. Erst voriges Jahr wurde

